

Aus der Sitzung des Gemeinderats am 22. November 2013

Für die Sitzung entschuldigt war Herr Gemeinderat Werner.

Zuhörerinnen und Zuhörer: 3.

Pressevertreterin: Frau Vanessa Müller von der Heilbronner Stimme.

1. Bürgerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

2. Änderung der Abwassersatzung **- Neufestsetzung der Abwassergebühren für 2014 -**

Mit Beschluss vom 20.11.2012 hat der Gemeinderat in Leingarten die Abwassergebühren für 2013 wie folgt festgesetzt:

<i>Schmutzwassergebühr:</i>	<i>2,05 EUR je cbm Abwasser</i>
<i>Niederschlagswassergebühr:</i>	<i>0,57 EUR je qm versiegelte Fläche</i>

Für 2014 wurden die Abwassergebühren neu kalkuliert. Die Kalkulation ist als Anlage 1 beigefügt. Nach der Kalkulation ergeben sich für das Jahr 2014 folgende neue Gebühren:

<i>Schmutzwassergebühr:</i>	<i>2,04 EUR je cbm Abwasser</i>
<i>Niederschlagswassergebühr:</i>	<i>0,55 EUR je qm versiegelte Fläche.</i>

Es ergibt sich also bei der Schmutzwassergebühr eine Verringerung um 0,01 EUR je cbm und bei der Niederschlagswassergebühr eine Verringerung um 0,02 EUR je qm versiegelte Fläche.

Bei einem Vier-Personenhaushalt und einem unterstellten jährlichen Wasserverbrauch von 40 cbm pro Person sowie einer versiegelten Grundstücksfläche von 195 qm ergibt sich mit den vorgeschlagenen neuen Gebühren eine jährliche Abwasserrechnung von 433,65 EUR, was gegenüber der Gebühr von 2013 eine Verminderung um 5,50 EUR bedeutet.

Die Gebührenkalkulation erfolgte nach der Vorgehensweise der Kalkulationen für die Jahre 2010 bis 2012 und 2013. Zusätzlich geben wir noch folgende Erläuterungen:

1. Einbeziehung der Ergebnisse von 2012

Die gebührenrechtlich erforderliche Nachkalkulation für das zurückliegende Jahr 2012 hat bei der Schmutzwassergebühr einen Überschuss in Höhe von insgesamt 36.445 EUR und bei der Niederschlagswassergebühr ein Defizit von insgesamt 4.592 EUR ergeben. Diese Ergebnisse wurden in die Kalkulation für 2014 einbezogen.

2. Kalkulierte Schmutzwassermenge

Bei der Kalkulation der Schmutzwassergebühr wurde für 2014 von einer Schmutzwassermenge von 485.000 cbm ausgegangen. Zum Vergleich die Schmutzwassermengen der Vorjahre:

2013:	480.000 cbm (geschätzt)
2012:	494.332 cbm
2011:	489.803 cbm
2010:	459.928 cbm
2009:	475.470 cbm
2008:	465.932 cbm.

3. Kalkulierte versiegelte Fläche

Bei der Kalkulation der Niederschlagswassergebühr wurde für 2014 von einer versiegelten Fläche von 935.000 qm ausgegangen. Zum Vergleich die versiegelten Flächen der Vorjahre:

2013:	930.000 qm (geschätzt)
2012:	933.069 qm
2011:	921.442 qm
2010:	921.442 qm

Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat stimmt der vorgelegten Gebührenkalkulation mit den darin enthaltenen Prognosen und Schätzungen sowie den Straßenentwässerungsanteilen an den kalkulatorischen Kosten und den Betriebskosten zu.

2. Der Gemeinderat stimmt zu, dass die Ergebnisse des Jahres 2012 in die Kalkulation des Jahres 2014 aufgenommen werden. Bei der Schmutzwassergebühr ist dies ein Überschuss von 36.445 EUR, bei der Niederschlagswassergebühr ein Defizit von 4.592 EUR.

3. Auf der Grundlage der Gebührenkalkulation werden die Abwassergebühren für das Jahr 2014 wie folgt festgesetzt:

Schmutzwassergebühr:	2,04 EUR je cbm Abwasser
Niederschlagswassergebühr:	0,55 EUR je qm versiegelte Fläche.

4. Die Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung) wird entsprechend der Anlage 2 erlassen.

Verschiedene Mitglieder des Gremiums bedankten sich bei Herrn Kämmerer Seiz und dessen Stellvertreter Herrn Schnepf für die gute Kalkulation. Erfreulich ist, dass die Abgabe um insgesamt 3 Cent sinkt.

Ein Mitglied des Gemeinderats fragt nach, ob die Schmutzwassergebühr in der Bevölkerung inzwischen die notwendige Akzeptanz gefunden habe.

Kämmerer Seiz antwortete, dass immer wieder kleinere Rückfragen kommen, dies aber insbesondere bei Flächenveränderungen normal sei.

Nach einer kurzen Diskussion wird der Beschlussantrag der Verwaltung einstimmig angenommen.

3. Lärmschutz an der B 293 **- weiteres Vorgehen –**

Auf die Gemeinderatsinformation vom 16.05.2013, die Sitzungsvorlage vom 23.08.2013 sowie die Bekanntgabe vom 18.10.2013 wird verwiesen.

Bei der Gemeinderatssitzung am 23.08.2013 wurde nach ausführlicher Diskussion der Beschluss gefasst, Lärmschutz entlang der kompletten Wohnbebauung der B 293 im Gemeindegebiet zu fordern. Das Regierungspräsidium Stuttgart hat hierauf mit Schreiben vom 01.10.2013 reagiert.

Folgende Aussagen wurden in diesem Schreiben getätigt:

- *Das Regierungspräsidium hat lt. Berechnungen an insgesamt 36 Gebäuden entlang der B 293 Auslösewerte für eine Lärmsanierung.*
- *1 Eigentümer hat hierbei bereits Zuschüsse vom Land erhalten.*
- *Von den verbleibenden 35 Gebäuden sind 15 erst nach dem Stichtag 01. April 1974 gebaut worden.*
- *Somit verbleiben 20 Gebäude.*

- *In der bisherigen Lösung sind 12 Gebäude hiervon mit Lärmschutz eingeplant.*

- *Bei den verbleibenden 8 Gebäuden kann aufgrund der gesonderten Lage ausschließlich Lärmschutz in passiver Form erfolgen.*
- *Eine eventuelle Verlängerung der vorgesehenen Lärmschutzwand entlang der B 293 bis zum Kreuzungsbereich mit der L 1105 kommt aus Sicht des Regierungspräsidiums nicht in Betracht. Aufwand und die Anzahl der schutzwürdigen Gebäude stehen hier in keinem Verhältnis nach Aussage der Planer.*
- *Weiter ist zu ergänzen, dass ausschließliche Überschreitungen der Auslösewerte zur Nachtzeit bei den genannten Gebäuden vorliegen.*

Aus Sicht der Verwaltung sind diese Aussagen nicht befriedigend!

Die Berechnungen des Regierungspräsidiums Stuttgart basieren nach unseren Informationen auf der Annahme einer Höchstgeschwindigkeit von 70 km/h auf der B 293. Da seit dem 2. Halbjahr 2012 eine Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h in diesem Bereich gilt, halten wir die Berechnung nicht für aussagekräftig.

Beschlussantrag:

Die Gemeinde Leingarten pocht auf einen Lärmschutz entlang der kompletten Wohnbebauung der B 293. Das Regierungspräsidium Stuttgart wird aufgefordert, neue Berechnungen mit der aktuellen Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h auf der B 293 zu veranlassen. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Gespräche zu führen und das Gremium zu informieren.

Bürgermeister Steinbrenner erläutert die Sitzungsvorlage näher, seiner Meinung nach muss beim Regierungspräsidium eine Berichtigung eingefordert werden, da die Basis der zugrunde gelegten Berechnung nicht mehr aktuell ist.

Verschiedene Redner finden das Vorgehen richtig, es soll eine einheitliche Lösung für alle Anwohner gefunden werden. Eine höhere Geschwindigkeit verursache auch eindeutig mehr Lärm.

Anschließend stimmt der Gemeinderat dem Beschlussantrag der Verwaltung einstimmig zu.

4. Bauvoranfrage für die Umnutzung der Betriebswohnungen und des Lager- und Bürogebäudes in einen FKK-Sauna-Club mit bordellähnlichem Betrieb in der Benzstraße 32
- Entscheidung über das Einvernehmen –

Das Bauvorhaben befindet sich im Bebauungsplangebiet „Mühlpfad V, 2. Teil; 1. Änderung“ bzw. „Mühlpfad Ost-Teilplan D“. Für das Baugrundstück gelten laut Bebauungsplan folgende Festsetzungen: Art der baulichen Nutzung ist Industriegebiet (GI), eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,8, Baumassenzahl (BMZ) von 4,0, Gebäudehöhe von maximal 20m.

Bei der eingereichten Bauvoranfrage handelt es sich um die Umnutzung der Betriebswohnungen und des Büro- und Lagergebäudes in einen FKK Sauna-Club mit bordellähnlichem Betrieb (inklusive Speisen und Getränkeangebot), 7 Stellplätzen und dem Abbruch der Container. Zwischen den beiden Baukörpern ist zudem eine Anbindungsbrücke (OG/DG) geplant.

Auf die beigefügten Planunterlagen wird verwiesen.

Ein Bordell bzw. ein bordellähnlicher Betrieb verstößt gegen die Verordnung der Landesregierung über das Verbot der Prostitution vom 03.03.1976 (Prostitutionsverordnung). Nach § 1 der Prostitutionsverordnung ist ein Bordell zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes in Gemeinden unter 35.000 Einwohnern verboten. Dieses Prostitutionsverbot hat auch noch heute seine Gültigkeit (Verwaltungsgericht Stuttgart, Urteil vom 23.04.2009).

Die Gemeinde Leingarten hat eine Einwohnerzahl von 11.047 (Stand: 12.11.2013), weshalb die geplante Umnutzung unzulässig ist.

Durch das Bauvorhaben kommt es außerdem zu einer Überschreitung der GRZ mit den Anlagen nach § 19 Abs. 4 BauNVO um 13 qm.

Die Angrenzeranhörung ist noch nicht abgeschlossen. Sollten bis zur Gemeinderatssitzung Einwendungen eingehen, werden diese nachgereicht.

Beschlussantrag:

Das Einvernehmen wird nicht erteilt.

Bürgermeister Steinbrenner informierte das Gremium, dass es sich bei der Zahl der Stellplätze um einen Schreibfehler handele und die Gesamtzahl richtig 13 laute.

Nach einer kurzen Diskussion stimmte der Gemeinderat vom Beschlussantrag der Verwaltung einstimmig zu.

5. Antrag auf Baugenehmigung, Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Garagen in der Stuttgarter Straße 31
- Entscheidung über das Einvernehmen –

Das Bauvorhaben befindet sich im Bebauungsplangebiet „Kappmannsgrund Ost, 3. Bauabschnitt“. Für das Grundstück gelten laut Bebauungsplan folgende Festsetzungen: zwingend 1 Vollgeschoss, Traufhöhe maximal 4,20/4,50 m, maximale Firsthöhe 7,65 m, eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,3 und als Dachform Satteldach / versetztes Satteldach mit einer Neigung von 30-38 Grad / 20-30 Grad. Die zulässige maximale Gebäudelänge beträgt 18 m.

Bei dem eingereichten Bauvorhaben handelt es sich um den Neubau eines Einfamilienhauses mit 2 Garagen.

Durch die Errichtung des Wohnhauses kommt es zu folgenden Überschreitungen:

- *Überschreitung der Grundflächenzahl (GRZ) mit dem Wohngebäude um 10 qm*
- *Terrasse liegt außerhalb des Baufensters*

Aus Sicht der Verwaltung bestehen keine Bedenken gegen die geplanten Überschreitungen. Die Grundzüge der Planung werden durch die beiden Verstöße nicht berührt.

Die Angrenzeranhörung ist noch nicht abgeschlossen. Sollten bis zur Gemeinderatssitzung Einwendungen eingehen, werden diese nachgereicht.

Beschlussantrag:

Das Einvernehmen wird erteilt.

Auf Anfrage aus dem Gremium erläutern Bürgermeister Steinbrenner und der stellv. Bauamtsleiter, Herr Viel, die Überschreitung näher.

Eine Rednerin kann der Überschreitung nicht zustimmen.

Eine weitere Rednerin schließt sich an, da sich die Ausnahmen summieren.

Anschließend stimmt der Gemeinderat dem Beschlussantrag der Verwaltung mit 13 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen und einer Enthaltung zu.

6. Haushalt 2014

Der Entwurf des Haushaltsplans 2014 wird dem Gemeinderat übergeben.

Dazu führt Bürgermeister Ralf Steinbrenner folgendes aus:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats, verehrte Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Gäste,

2013 neigt sich dem Ende und wir blicken auf ein arbeitsreiches und dynamisches Jahr zurück. Zahlreiche Projekte wurden angegangen, fortgeführt und vollendet. Ebenso wurden Grundlagen für die Arbeiten und Aufgaben der folgenden Jahre geschaffen. Kurz gesagt die aktuelle Lage ist auf fast allen Ebenen als solide und gut zu bezeichnen.

Ich möchte deshalb in meiner Haushaltsrede die aktuelle Situation und die bereits absehbaren Herausforderungen der Zukunft näher beleuchten.

Wenn man das Fernglas zur Hand nimmt und auf Europa schaut, so zeigt sich einem ein imposantes Bergmassiv mit sehr vielen Steilwänden deren Erstbesteigung noch keiner vollzogen hat. Zahlreiche Seilschaften sind in den Wänden und kämpfen sich voran. Die exorbitante Staatsverschuldung einzelner Staaten, die lahmen Volkswirtschaften, die hohe Arbeitslosigkeit speziell bei jungen Menschen und das Abwandern von gut ausgebildeten Spitzenkräften nach Deutschland oder Übersee erschweren ein wieder Erstarken der Krisenstaaten. Gleichzeitig schwappt eine immer größer werdende Welle an Flüchtlingen nach Südeuropa.

Durch die Senkung des Leitzinssatz der EZB auf 0,25 % wird es den Banken immer schwieriger gemacht im alltäglichen Geschäft Geld zu verdienen und wir hoffen das dies angesichts des internationalen Banken-Benchmarkings nicht wieder zu fragwürdigen Geschäftsmodellen verleitet, welche letztendlich zur Finanzkrise 2009 führten. Gleichzeitig werden durch diese Zinspolitik die Länder mit krankem Staatshaushalt zu Lasten der deutschen Bevölkerung entschuldet!

Neid und Ärger gegenüber Brüssel wird immer öfter auf Deutschland als Haupt-verantwortlichen einer soliden Finanzwirtschaft übertragen und schürt in Teilen Europas politische Gruppierungen, welche mit dem europäischen Leitgedanken des friedenssichernden wirtschaftlichen Miteinanders nicht so viel anfangen können.

Es bleibt daher spannend welche der zahlreichen Gipfel von der EU in den nächsten Jahren erfolgreich erklommen werden.

Wendet man den Blick nach Berlin so stellt man fest, dass der Prenzlauer Berg angesichts der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Steilwände einem Maulwurfhügel gleicht.

Die Finanzquellen sprudeln aktuell noch üppig, wie lange noch kann keiner sagen. Sorge macht die Wirtschaft, die zum einen von wenigen Branchen und zum anderen überwiegend vom Export nach Übersee getragen wird. Da beschleicht einen ein komisches Gefühl wenn man liest, dass die EU gegen das deutsche Handelsbilanz-Defizit vorgehen möchte. Wenn man von der Milch einer Kuh gut lebt sollte man diese besser nicht auf Diät setzen.

Die Soziallasten steigen kontinuierlich, werden aber angesichts der aktuellen Steuereinnahmen ausgeblendet. Die Teilung zur Zweiklassengesellschaft wird immer deutlicher und wird durch die demografische Entwicklung zusätzlich angefeuert. Wenn man die Ratschläge die man den Griechen gibt selbst beherzigt, nämlich die Kommunen ernst zu nehmen, weniger Hindernisse aufzubauen und mehr praxisorientierten Gestaltungsspielraum vor Ort einzuräumen wäre viel gewonnen. Man sollte sich daran erinnern, dass die Wurzeln der Demokratie in den Kommunen liegen und die Staaten erst später am Horizont erschienen.

Aktuell bildet sich eine neue Seilschaft und es wird spannend welche Wände mit welchen Teams 2014 in Angriff genommen werden.

Schaut man sich die Bergketten im Ländle an so sind diese ebenfalls beeindruckend. Das Bergteam ist auf halber Strecke hat aber noch zahlreiche Herausforderungen bis zum Gipfelkreuz vor sich.

Vor wenigen Tagen wurde die Landesverfassung bei uns 60 Jahre alt und noch immer muß die kommunale Familie regelmäßig auf die Konnexität hinweisen.

Baden Württemberg steht aktuell in der Spitzengruppe unserer Bundesländer. Wenn man sich fragt warum, so hat dies mehrere Gründe. Einer der Bedeutendsten hierbei ist das kleine dezentrale Einheiten am nächsten an der Bevölkerung dran sind und deshalb am effektivsten wirtschaften.

Da passt es nicht ins Bild, dass man in Richtung mehr Bürgerbeteiligung marschiert gleichzeitig aber die gewählten Entscheidungsträger in den Gremien vor Ort stärker bevormunden möchte. Ob und in welcher Größe Flächen für Wohnraum oder Gewerbe benötigt wird kann im Einzelfall vor Ort am Besten beurteilt werden. Festlegungen über Fahrradstellplätze sollten sich am Bedarf und nicht am Gesetzestext orientieren.

Auch wäre der Focus auf die marode Infrastruktur wichtiger als die Forderung für eine deutliche überhöhte Ausstattung der freizustellenden Personalräte ohne Kostenausgleich von Stuttgart. Das Stadt / Landgefälle kann dadurch nicht verringert werden.

Die Finanzprobleme des Landes sind enorm und da wäre es angebracht sich von den Sparaktivitäten der Kommunen eine Scheibe abzuschneiden. Investitionen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand gehen vor Prestigeprojekten.

Wenn ich nun um mich herum schaue stelle ich fest, dass wir laut der aktuellen Prognosstudie im Landkreis Heilbronn auf Position 27 von 402 Bereichen in der Bundesrepublik liegen. Das bedeutet, dass wir unseren Marsch ins Jahr 2014 bei positivem Umfeld in der Einstufung sehr hohe Zukunftschancen starten. Die Kreisumlage wird wohl bei einem Hebesatz von 29 Punkten bleiben.

Unser Rucksack ist geschnürt und mit einem Haushaltsvolumen von 28,9 Mio. Euro liegen wir 400.000 Euro über dem Vorjahr. Unser Schuldenstand verringert sich laut Plan um über 760.000 Euro bis zum Ziel am 31.12.2014. Jeder Ballast den wir bei unserer Tour loswerden tut uns gut und mit annähernd 5,5 Mio. Euro haben wir immer noch viel zu tragen!

Im Verwaltungshaushalt sind ca. 25 Mio. Euro und im Vermögenshaushalt fast 3,9 Mio. Euro veranschlagt.

Wie es sich vor einer Bergtour gehört haben wir einen Plan und dieser Haushaltsplan mit stolzen 261 Seiten beinhaltet so manches Thema das es zu meistern gilt. Erstmals haben wir auch mehrmals im Amtsblatt zur Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung aufgefordert. Ein Vorschlag aus der Bevölkerung wurde bei uns eingereicht und dieser wir dem Gremium im Januar zur Entscheidung, vergleichsweise einem Antrag aus einer Fraktion, vorgelegt.

Weiter schlagen wir aufgrund der aktuell stabilen Rahmenbedingungen vor die Steuerhebesätze zu belassen. Angesichts eines zum Jahresende anvisierten Schuldenstands von 5,47 Mio. Euro und den anstehenden Herausforderungen sehen wir auch keinen Spielraum für Steuersenkungen. Finanzpolitik sollte sich nicht mit jährlichen ändernden Hebesätzen sondern mit möglichst großer Verlässlichkeit auszeichnen.

Die Allgemeine Rücklage wird sich um rund 930.000 Euro auf ca. 1,8 Mio. Euro reduzieren. Angesichts der Zinssituation auf dem Geldmarkt ist dies sinnvoller als Kredite aufzunehmen und wir liegen damit

immer noch fast viermal über dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestbetrag. Was wir an Schuldenabbau tun können setzen wir um.

Auf unserer Route 2014 haben wir zahlreiche Erhebungen zu überwinden. Ich möchte deshalb einen groben Abriss über bemerkenswerte Punkte geben.

Erstmals ist für das Frühjahr ein Neujahrsempfang incl. Neubürgerempfang im Kulturgebäude geplant. Auch ist ein Ansatz für einen weiteren Tag des Ehrenamts vorhanden.

Am 25. Mai wird eine neue Gemeinderatsgruppe gewählt! Erstmals dürfen die 16-Jährigen an die Urnen und wir sind gespannt welche Auswirkungen dies haben wird. Der neue Gemeinderat wird wohl noch vor den Sommerferien eingesetzt werden. Das Gremium wird sich dann auch zeitnah im Rahmen einer Klausur mit dem Thema Hallenbad befassen. Auch ist aufgrund des 10-jährigen Jubiläums mit unseren Italienern eine Infofahrt zum Austausch nach Asola geplant.

Beim Klimaschutzkonzept für die Gemeinde kommen wir voran und werden 2014 Ergebnisse präsentieren können. Es zeigt sich bereits bei den Vorarbeiten deutlich, dass einige Themenfelder schon gut besetzt sind. Die Verwaltung setzt hierbei weiter auf Augenmaß und weniger auf Ideologie.

Wie in jedem Jahr stehen in unseren Kindergärten mehrere kleinere Sanierungs- und Optimierungsmaßnahmen an den Gebäuden und die Beschaffung von Spielgeräten im Außenbereich an. Als Großprojekt ist die dringend notwendige umfassende Dachsanierung im Kindergarten Lützelfeld geplant.

In den beiden Schulen stehen kleinere Sanierungen und Gestaltungsmaßnahmen an. Wir bekennen uns zu unseren Schulen und gehen fest von einer Genehmigung im Falle der Eichbottschule als Gemeinschaftsschule im Januar 2014 aus.

Zum Bildungssektor gehört auch unsere Bücherei im Kulturgebäude. Hier möchten wir den Eingangsbereich für Rollstuhlfahrer und Kinderwagen optimieren, Homepage und Logo neu gestalten sowie der Online-Bibliothek Heilbronn-Franken beitreten. Am Internet führt heute kein Weg mehr vorbei.

Der Waldspielplatz Baunzel ist in die Jahre gekommen und bedarf dringend einer Auffrischung. Hierfür haben wir 70.000 Euro vorgesehen.

Im Heuchelbergstadion sind Mittel für die Umrandung der neuen Tartanbahn sowie für die Pflasterung einer Teilfläche zwischen den Rasenplätzen vorgesehen. Damit soll die Bahn vor Bewuchs geschützt und das Aufstellen von Fahrzeugen auf der Tartanbahn vermieden werden.

Die in die Jahre gekommene große Rutsche im Freibad möchten wir ersetzen und im Hallenbad den vorhandenen Brunnen reaktivieren. Für weitere Untersuchungen zum Thema Hallenbadsanierung ist ebenfalls ein Ansatz eingestellt. Wir gehen davon aus, dass in der 2. Jahreshälfte hierzu Entscheidungen getroffen werden können.

Für die Kultur möchten wir in Abstimmung mit dem Fischereiverein am Eichbottsee 10 Betonsockel für einen Skulpturenweg aufstellen und den vorhandenen Fußweg befestigen.

Wenn der Zusammenschluss unserer beiden Musikvereine besiegelt werden sollte müssen neue Uniformen angeschafft werden. Mit der Ankündigung, dass dieser Fall eintritt haben wir für die Uniformen Gelder eingestellt, da die Vereine aus eigenen Mitteln diese Ausgabe nicht stemmen können.

Im Bauhof stehen mehrere Ersatzbeschaffungen wie der Sportplatzmäher, Tandemkipper, Schneeschild für den Unimog, Gestrüppmäher und zahlreiche Kleingeräte an. Am Bauhofgebäude sind energetische Sanierungsmaßnahmen wie die Erneuerung der Heizungsanlage vorgesehen.

Im Straßenbau stehen neben dem allgemeinen Reparaturansatz die Instandhaltung Hoppenstraße, Unterführung Karlsruher Straße, Bachbrücke Badener Straße, Deckensanierung Kelterstraße und Umgestaltung öffentliche Grünanlage vor der Lorenzkirche im Entwurf.

Um unser Radwegenetz weiter auszubauen ist ein Betrag von 120.000 Euro für den Lückenschluss Hammerstatt bis Stadtbahnhaltestelle West vorgesehen. Hierbei hoffen wir in das Zuschussprogramm des Landes zu kommen.

Der Verkehr auf unseren Straßen und der einhergehende Lärm sind ein sensibles Thema. Eine Einzelfallbetrachtung ist hier nicht sinnvoll, da Veränderungen Auswirkungen auf das ganze Straßengeflecht auslösen. Wir schlagen deshalb vor 2014 eine umfassende Verkehrsuntersuchung durchzuführen. Im Anschluss daran möchten wir einen Lärmaktionsplan auf den Weg bringen.

Obwohl bereits zig Millionen in den Hochwasserschutz im Leintal investiert wurden haben wir noch viel zu tun. Auch bei Umsetzung aller geplanten Maßnahmen wird es keinen allumfassenden Schutz geben. Was über HQ 100 oder außerhalb der vom Land vorgegebenen schützenswerten Bereiche liegt kann problematisch werden. Deshalb muß der Hochwasser Alarm- und Einsatzplan fortgeschrieben werden und wir hoffen bei den örtlichen Maßnahmen weiterzukommen. Für unseren Anteil am Investitionsprogramm des Zweckverbands sind 358.700 Euro eingestellt.

Aber auch beim Abwasser sind wir im Ort als auch über den Zweckverband Abwasserbeseitigung Leintal aktiv. So haben wir an den Zweckverband anteilig über 615.000 Euro an Investitionsumlage zu bringen.

Da zum jetzigen Zeitpunkt die Übergabe des Stromnetzes von der Süwag zur ZEAG noch aussteht, konnte bisher keine Entscheidung zum Thema gemeinsame Netzgesellschaft getroffen werden. Hierzu hoffen wir nächstes Jahr zu kommen und haben 600.000 Euro in den Haushaltsplanentwurf eingestellt. Beim Thema Straßenbeleuchtung tappen wir aber leider völlig im dunkeln. Hier fehlt es uns Informationen und Zahlen von der Süwag.

Bei der Freiwilligen Feuerwehr stehen die Ersatzbeschaffungen Tragkraftspritze und Ölanhänger sowie die Einführung einer einheitlichen Dienstuniform im Plan.

Was die Finanzen generell angeht, so haben wir Zuweisungen auf Rekordniveau aber auch entsprechende Umlagen. Als Kennzahl darf vermeldet werden, dass wir mit 2,587 Mio. Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt rechnen.

Wenn ich den Blick zum Horizont richte so sehe ich am heutigen Tage mehrere Berge die mehr oder weniger leicht zu meistern sind. Um hier gerüstet zu sein sind im Investitionsprogramm Ansätze für Hallenbadsanierung, Erweiterung Sporthalle, Bewegungszentrum, Kunstrasenplatz, Erweiterung Heimatmuseum, Verkehrskreisel Dieselstraße, Sanierungsgebiet Schluchtern und vieles mehr eingestellt. Da diese Projekte am heutigen Tage weder zeitlich noch finanziell genau fixiert werden können sind sie entsprechend der Haushaltssystematik dort berücksichtigt worden.

Die Erschließung des Baugebiets Kappmannsgrund wird wie in den vorherigen Bauabschnitten außerhalb des Haushaltsplans abgewickelt. Dies hat sich bewährt und wird auch bei anderen Kommunen so praktiziert.

Wenn wir unsere Bergtour 2014 unfallfrei und sicher bewerkstelligen wollen so ist Gemeinsinn und Ausdauer notwendig. So haben Sie nun unsere Wanderkarte um diese auf Alternativen und bessere Routen zum Gipfelkreuz zu prüfen. Die Verwaltung steht hierzu, wie in den vergangenen Jahren auch, in gewohnter Weise zur Verfügung.

Besprechungstermine mit dem Fachbeamten für das Finanzwesen werden wie in jedem Jahr angeboten. Hierfür und für die Erstellung des Haushaltsplans meinen Dank an Herrn Seiz und sein Team.

Die Beratung des Entwurfs ist für den 6. Dezember 2013 terminiert. Haushaltsanträge bitten wir danach bis spätestens 7. Januar 2014 möglichst digital bei der Verwaltung einzureichen.

Mit der Beschlussfassung am 24. Januar 2014 wollen wir die Bergtour dann offiziell festzurren und starten. Die Haushaltsreden bitte wie üblich auch digital an uns weiterreichen.

In diesem Sinne wünsche ich ergebnisorientierte Beratungen, Beschlüsse und sage 2014 Berg Heil.

7. Bekanntgaben

a) nichtöffentliche Beschlüsse

Die nichtöffentlichen Beschlüsse der Gemeinderatssitzung am 24. Oktober 2013 wurden im Amtsblatt der Gemeinde am 21. November 2013 öffentlich bekannt gemacht.

b) Spenden

Folgendes Spendenangebot ist bei der Gemeinde Leingarten eingegangen:

Für Kindergarten Augelbaum

Spende des Restaurants Löwen, Inhaber: Uwe Straub, Leingarten, in Höhe von 150,-- EUR.

Die Spende wird dankend angenommen.

c) Genehmigung der Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013

Der Gemeinderat erhielt eine Kopie des Genehmigungsschreibens für die Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 vom Landratsamt Heilbronn.

d) Zufahrt zu einem Grundstück in der Leibnizstraße

Einem Antrag auf Genehmigung einer anderen Zufahrt über eine öffentliche Grünanlage zu einem Grundstück in der Leibnizstraße hat der Gemeinderat nicht entsprochen.

e) ZEAG – Beratungsnachmittage

Der Gemeinderat erhält Informationen zu den Beratungsnachmittagen der ZEAG. Diese Beratungen sollen ab 03.12. bis zum Sommer 2014 einmal monatlich an einem Dienstag Nachmittag im Rathaus Leingarten, Fraktionszimmer, stattfinden.

f) Breitband-Infrastruktur

Die Mitglieder des Gemeinderats erhalten eine Kopie der Absichtserklärung zwischen der Gemeinde Leingarten und der Telekom Deutschland GmbH über den Ausbau der Breitband-Infrastruktur.

g) Protokoll Lenkungsgruppe

Der Gemeinderat erhält das Protokoll der Lenkungsgruppe Bedarfsplanung vom 19.11.2013.

h) Generalverkehrsplan

Die Mitglieder des Gemeinderats erhalten eine Kopie des Generalverkehrsplans 2010 Baden-Württemberg (Stand 20.11.2013).

i) Eilzughalt mit Fahrplanwechsel

Bürgermeister Steinbrenner gibt eine Pressemitteilung des HNV bekannt, in der mitgeteilt wird, dass mit dem nächsten Fahrplanwechsel am 15. Dezember 2013 die Stadtbahnen in einem 30/15-Minuten-Wechsel fahren. Ebenso halten ab diesem Zeitpunkt alle Eilzüge in Leingarten an der Haltestelle Bahnhof. Jahrelange Bemühungen für einen dauerhaften Eilzughalt werden hiermit umgesetzt.

j) Gasverbrauch der Gemeinde

Der Gemeinderat erhält eine Auflistung des Gasverbrauchs der Gemeinde.

k) Untersuchungen von Wasserproben auf Nitrat

Der Gemeinderat erhält eine Auflistung der Wasserprobenuntersuchungen der einzelnen Brunnen.

l) Weihnachtsbinokel 2013

Die Mitglieder des Gemeinderats erhalten eine Einladung zum Weihnachtsbinokel am 27. Dezember 2013 im Züchterheim.

m) Visitation Eichbottschule

Bürgermeister Steinbrenner informiert die Mitglieder des Gemeinderats darüber, dass im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Gemeinschaftsschule am 17. Oktober 2013 die Visitation der Eichbottschule stattgefunden hat. Der Antrag wird vom Staatlichen Schulamt unterstützt und es wird davon ausgegangen, dass der Antrag genehmigt wird.

n) Kommandowagen der Freiwilligen Feuerwehr Leingarten

Bürgermeister Steinbrenner informiert den Gemeinderat darüber, dass der Kommandowagen am 25.11.2013 in den Dienst gestellt werden soll. Hierzu sind die Mitglieder des Gemeinderat herzlich eingeladen.

o) Autoaufbrüche / Zerstörung von Autos

Auf eine Anfrage in einer früheren Gemeinderatssitzung teilt Bürgermeister Steinbrenner mit, dass auf Nachfrage es lt. Polizei nicht machbar sei, eine höhere Polizeipräsenz im Ort zu zeigen.

p) Treppe Kindergarten Trautenbusch

Auf eine Anfrage in einer früheren Gemeinderatssitzung teilt Bürgermeister Steinbrenner mit, dass die Planung für einen Ersatz der bisherigen Treppe zum Kindergarten Trautenbusch vom Bauamt auf das 1. Halbjahr 2014 terminiert ist.

q) Heizung Festhalle

Auf eine frühere Anfrage teilt Bürgermeister Steinbrenner mit, dass nicht geklärt werden konnte, warum die Heizung zu dem damaligen Zeitpunkt aufgedreht war.

r) Lieferung PC's

Bürgermeister Steinbrenner teilt dem Gremium mit, dass aufgrund von Lieferschwierigkeiten des PC Herstellers die Installation der neuen PC-Hardware voraussichtlich erst im Februar 2014 liefern kann.

8. Anfragen

a) Treppengeländer

Eine Rednerin fragte nach dem Stand der Verhandlungen bezüglich des Treppengeländers im Rathaus.

Herr Ortsbaumeister Eschelbach antwortete, dass bereits ein Gerichtstermin stattgefunden hat und ein neutraler Gutachter gesucht werden muss.

b) Baustellen Boschstraße / Leibnitzstraße

Ein weiterer Redner fragte nach dem Stand von zwei Bauvorhaben in der Boschstraße und der Leibnitzstraße. Dort sei das Grundstück bis an die Straße abgegraben und die Straße nur zur Hälfte befahrbar.

Bürgermeister Steinbrenner antwortete, dass die Verwaltung in diesem Fall bereits aktiv ist und der Bauherr bereits mehrfach zur Fertigstellung der Mauer aufgefordert wurde.

c) Bebauungsplan Kappmannsgrund IV, 4. Bauabschnitt

Weiter fragte der Redner nach dem Zeitplan für den nächsten Bauabschnitt des Bebauungsplanes Kappmannsgrund IV.

Bürgermeister Steinbrenner antwortete, dass der Satzungsbeschluss für Januar 2014 geplant sei.

d) Baukosten Rathaus

Eine weitere Rednerin möchte, dass die Baukosten für das Rathaus um die Kosten für den Rathausvorplatz und die Stellplätze ergänzt wird.

Bürgermeister Steinbrenner sagte dies zu.

e) Schüsse im Taschenwald

Die Rednerin erzählte weiter von einem Vorfall im Taschenwald, bei dem zwei Bürgerinnen beim Walken im Wald sehr erschrocken sind, weil ein Jäger in der Zeit zwischen 9 – 9.30 Uhr geschossen hat. Sie fragte nach, ob denn zu jeder Zeit geschossen werden darf.

Bürgermeister Steinbrenner sagte zu, mit dem Förster in dieser Sache Kontakt aufzunehmen und in der nächsten Sitzung dazu Bericht zu erstatten.

f) Laterne Untere Schulgasse

Die Rednerin teilte mit, dass in der Unteren Schulgasse eine Laterne sei, die immer wieder ausgeht.

Ortsbaumeister Eschelbach sagte die Überprüfung zu.

g) Hygrometer

Eine andere Gemeinderätin fragte nach dem Hygrometer im Sitzungssaal, nachdem ihr bei den letzten zwei Sitzungen die Temperatur hoch erschien ist es ihr heute zu kalt.

Bürgermeister Steinbrenner sagte die Überprüfung zu.

h) Trimm-Dich-Pfad

Die nächste Rednerin wollte wissen, wann der Trimm-Dich-Pfad neu eingeschottert wird. Sie berichtete dass man dort beinahe nicht mehr laufen kann und die Wege durch die Benutzung der Mountainbiker immer breiter werden. ??

Bürgermeister Steinbrenner sagte die Klärung nach Rücksprache mit dem Förster zu.

i) Lampe Spielplatz Eichbott

Ein Gemeinderat meldete eine kaputte Straßenlampe beim Spielplatz Eichbott und an der Ecke Wasserfall- /Erich-Flister-Straße.

Ortsbaumeister Eschelbach sagte die Überprüfung zu.

k) Straßenlampe Hoppenstraße / EDEKA

Ein weiterer Redner teilte mit, dass auch die Straßenlampe an der Hoppenstraße/EDEKA nicht in Ordnung sei.

Auch hier sagte Ortsbaumeister Eschelbach die Prüfung zu.

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Personalangelegenheiten:

Der Gemeinderat wurde über die aktuell getroffenen Personalentscheidungen, die im Zuständigkeitsbereich der Verwaltung liegen informiert und hat diesen einstimmig zugestimmt.

Grundstücksangelegenheiten:

Das Gremium stimmte einstimmig dem Erwerb verschiedener Grundstücke zu.
Der Gemeinderat stimmte einstimmig dem Tausch eines Grundstücks zu.

Einige Bekanntgaben und Anfragen beschlossen die Sitzung.